Mittwoch, 6. Dezember 1922. **Einzelnummer 60 Mark.** 61. Jahrgang. **Nr. 276.**

Bezugspreis monatlich M
in der Geschäftsstelle 1000.—
in den Ausgabestellen 1100.—
durch Zeitungsboten 1200.—
am Postamt .. 1320.—
ins Ausland 600 deutsche M.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.. Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr 6184 in Breslau.



Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ..... 60.— M.
Reklameteil. . 180.— M.

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 20.— d. M.
" " Reklameteil 60.— d. M.

Bei höherer Gewalt. Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Pilsudski verzichtet auf die Kandidatur zum Staatspräsidenten.

Es bleiben als Kandidaten: Trąmpczyński, Witos und Nowak.

Der Staatschef Jozef Pilsudski hat in der Montagskonferenz im Präsidium des Ministerrates auf seine Kandidatur für den Posten des Staatspräsidenten verzichtet. Vor der Versammlung derjenigen Parteien, die seine Kandidatur offiziell aufgestellt hatten, legte er in 1½stündiger Rede die Gründe zu diesem Verzicht ausführlich dar. Der Beschluß des Staatschefs, auf seine Kandidatur zu verzichten, gilt als unwiderruflich.

Die politischen Kreise erwarteten am Montag das Ergebnis der Konferenz mit großer Spannung. Zu der Konferenz waren nur die Parteien eingeladen worden, die offiziell die Kandidatur des Staatschefs Pilsudski zum Präsidenten der Republik aufgestellt hatten. Daher sei es auch zu erklären, schreibt der „Przegląd Poranny", weshalb die anderen Parteien (die Rechte und die Nationalen Minderheiten) zu der Montagskonferenz nicht eingeladen seien. Um 4 Uhr 20 Min. begann der Staatschef im Hauptsaale des Ministerrates in Gegenwart der Regierung sowie von Vertretern der Piasten, der Wyzwolenie-Gruppe, der Nationalen Arbeiterpartei und der Sozialisten seine fast anderthalbstündige Rede, in der er seine Verzichtleistung ausführlich motivierte und den Parteien dankte, die seine Kandidatur für den höchsten Staatsposten aufgestellt hatten.

Die Rede Pilsudskis wurde straff und mit Festigkeit vorgetragen und machte auf alle Anwesenden einen tiefen Eindruck. Der Staatschef wies darauf hin, daß die von der Verfassung vorgesehenen Machtbefugnisse des Staatspräsidenten ihm zu gering erschienen. Er habe bereits angedeutet, welche Erweiterung seiner staatsrechtlichen Befugnisse er für nötig halte, wenn er zum zweitenmal diesen Posten einnehmen solle. Er bat die Parteien, nicht für ihn zu stimmen, da sein Entschluß unwiderruflich sei. Er riet den Abgeordneten, einen Mann zu wählen, dessen Kandidatur mehr als die seine Kompromißcharakter trage.

Nach Beendigung seiner Rede verneigte sich der Staatschef und verließ im Gespräch mit dem Außenminister Narutowicz den Saal. Die Konferenz war gegen 3/4 6 Uhr beendet.

Nach der Entscheidung über die Kandidatur Pilsudskis herrscht im Sejm eine solche Verwirrung, ja geradezu Konsternation, daß es schwer ist, sich darüber klar zu werden, welches Konzept den Sieg davontragen wird. Die Warschauer Blätter nennen als **Kandidaten für den Posten des Staatspräsidenten** von seiten der Linken den Abgeordneten **Witos**, von seiten der Rechten den Senatspräsidenten **Trąpczyński**. Die Sozialisten wollen heute, am Dienstag, zur politischen Lage Stellung nehmen. Auch der endgültige Beschluß der Piasten kann heute erfolgen. Es ist das Gerücht verbreitet, daß **Dr. Julian Nowak**, der bisherige Ministerpräsident, offizieller Kandidat der Polnischen Volkspartei auf den Posten des Staatspräsidenten sein soll.

Eine Pressestimme.

„**Kurjer Polski**" schreibt in seiner Montags-Nummer über die Präsidentenwahl folgendes: Es begibt sich auch anderswo, daß das Ergebnis der Wahl des Staatsoberhauptes bis zum letzten Augenblick ungewiß ist und sich für die breitere Öffentlichkeit zu einer Überraschung gestaltet. Aber unsere Lage, als die eines Staates im Stande des Aufbaus, der ferner im Übergang begriffen ist von dem unnormalen Zustand der Regierung durch eine Konstituante, während die ausführende Macht sehr geringe Befugnisse hatte, läßt sich nicht vergleichen mit der analogen Lage in längst gefestigten Staatswesen, die von Zeit zu Zeit, in schon erprobten Formen solche feierlichen Staatsakte vornehmen.

Unsere politische Welt steht von neuem vor einem dieser quälenden Rätsel, an die wir uns leider schon gewöhnt haben, von denen wir aber Anlaß hatten anzunehmen, daß sie uns erspart bleiben würden nach dem Übergange zu normalen konstitutionellen Lebensbedingungen. Wir stehen der Möglichkeit eines vollkommenen politischen Paradoxons gegenüber, daß nämlich die Grundlage des wichtigen Wahlaktes, zu der die Nationalversammlung für kommenden Sonnabend einberufen wurde (die Präsidentenwahl) eine andere sein wird als die der späteren Regierungsbildung auf der Grundlage der Parteizusammensetzung unseres Parlamentes. Daß eine solche Sachlage die Quelle weiterer innerer Verwicklungen sein kann, unterliegt keinem Zweifel.

Eine Enttäuschung.

Bei den Sejmwahlen in der Stadt Posen waren die Stimmen der Deutschen gespalten. Ein Teil von ihnen stimmte im Einklang mit dem Beschluß des deutschen Wahlausschusses für die Polnische Sozialistische Partei (Liste 2). Der andere Teil stimmte, der Parole der „Posener Neuesten Nachrichten" folgend, für die Nationale Arbeiterpartei (Liste 7). Das genannte Blatt begründete seine Wahlparole damit, daß es vor allem darauf ankomme, der „Chjena" ein Mandat zu rauben, und daß deshalb diejenige Linkspartei unterstützt werden müsse, die am meisten Aussichten habe, ein Mandat zu gewinnen. Anders urteilte das „Posener Tageblatt". Es erkannte mit sicherem politischen Instinkt schon damals, daß von der Nationalen Arbeiterpartei nichts Gutes für die Deutschen zu erwarten sei, daß ferner auch keineswegs die Linke in ihrer Gesamtheit ein wärmeres Interesse für die Minderheiten zeige. Wie die Tatsachen zeigen, kommt es doch vor allem darauf an, innerhalb der Linken das wahrhaft demokratische Element zu stärken, dem die Nationale Arbeiterpartei jedenfalls nicht angehört.

Bei den Senatswahlen wurde überraschend an die Deutschen in Pommerellen die Losung ausgegeben, für die Senatsliste der Nationalen Arbeiterpartei zu stimmen, da die Minderheitsliste infolge eines Formfehlers für ungültig erklärt worden war. Infolge dieses Eintretens der Deutschen gewann die Nationale Arbeiterpartei eins ihrer drei Senatsmandate.

Was ist der Dank dafür? Es ist sehr peinlich für die Freunde der Nationalen Arbeiterpartei unter den Deutschen: offene Ablehnung in verletzender Form. Schon vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß gerade die Vertreter der Nationalen Arbeiterpartei aus Posen und Pommerellen sich gegen jedes auch nur zeitweilige Zusammengehen mit den nationalen Minderheiten ausgesprochen haben. Zum zweiten Male zeigte sich die Abneigung der Arbeiterpartei, und zwar der ganzen, bei der Verteilung der Sitzplätze für die Abgeordneten im Sejm. Die Nationale Arbeiterpartei hat ausdrücklich erklärt, sie wolle nicht neben den Juden oder den Deutschen sitzen. Nun haben die Deutschen ihre Plätze ganz auf der Rechten, neben der „Chjena", die dagegen keinen Einspruch erhoben hat.

Die Nationale Arbeiterpartei hat jetzt in einer Kundgebung ihre politische Stellung festgelegt. Die Partei verharrt in Arbeiterfragen auf dem radikalen Standpunkt. Sie sei aber eine polnische, nationale und staatserhaltende Partei. Sie fordere deshalb auch in der gegenwärtigen hoffnungslosen Lage der Staatsfinanzen die Schaffung einer starken nationalen parlamentarischen Regierung ohne die Juden und Deutschen. Aus dieser Kundgebung sieht man ganz deutlich, wie die Nationale Arbeiterpartei die Grundsätze der Demokratie verrät. Es dürfte jetzt auch dem blindesten Anhänger der Nationalen Arbeiterpartei unter den Deutschen klar geworden sein, daß sein Eintreten für diese Partei ein Mißgriff, ein schwerer politischer Fehler war. Der Geist Wachowiaks, der Geist des Nationalhasses beseelt diese Partei. Für die Deutschen ist von ihr nicht das Geringste zu erwarten. Ueberhaupt hat die nationalistische Hetze der „Chjena" auch auf die Linke, oder wenigstens auf die undemokratisch denkenden Teile der Linken, einen solchen Eindruck gemacht, daß sie, um die Echtheit ihres Polentums zu beweisen, mit der Rechten zusammen gegen die Minderheiten Stellung nehmen. Diese Erkenntnis muß uns zu einem politischen Grundsatz führen: Wenn wir schon für die Linke eintreten müssen, so müssen wir uns doch in unseren Sympathien auf diejenigen Teile von ihr beschränken, die wirklich demokratische Grundsätze verfechten und in nationaler Hinsicht weitherzig sind, indem sie den Minderheiten ihre Rechte gönnen.

Jede Sonderpolitik, die von diesem Grundsatz abweicht, und für einen Teil der Linken eintritt, der sich „national" nennt, ist durch die Haltung der Nationalen Arbeiterpartei ad absurdum geführt.

Nochmals die Mißwirtschaft im Posener Ansiedlungsamt.

Unter der Überschrift „Nochmals die 8 Milliarden der 8" bringt der „Przegląd Wieczorny" aus Warschau folgende frappierende Einzelheiten: Herr Wasilewski, Abgeordneter der Piasten, wurde von den Abgeordneten des Rechtsblocks Ponikowski, Brownsford und Tucholka angegriffen, weil er die Enthüllung über die Milliardenveruntreuung im nationaldemokratischen Urząd Osadniczy in Posen veröffentlicht hat. Da sie der Wahrheit dieser furchtbaren Anschuldigungen nicht widersprechen konnten, legen diese Abgeordneten es Wasilewski zur Last, daß er sie veröffentlicht hat, wiewohl er vorher angeblich versichert haben soll, daß ihre Bekanntmachung den Glauben an die Rechtlichkeit in Polen erschüttern würde. Jetzt veröffentlicht Wasilewski eine weitangelegte Antwort, in der er daran erinnert, daß der Nationale Volksverband drei Jahre hindurch nichts anderes getan habe, als den Glauben an die Rechtlichkeit durch Presseangriffe auf die staatlichen Behörden zu untergraben. Wasilewski bestätigt noch einmal die Wahrheit der veröffentlichten und von der Presse der 8 verschwiegenen Übergriffe im Urząd Osadniczy und gibt den Abgeordneten des Rechtsblocks folgende Antwort:

„Schreibt in einer Erklärung, Ihr Herren Abgeordneten, nicht mir, daß Ihr das Böse bestrafen und den Schmerz beseitigen wollt, denn niemand anders als bedeutende Mitglieder der Nationalen Volksvereinigung haben die Verteidigung des Dr Karasiewicz ergriffen, als die Untersuchung ergab, daß tatsächlich ungeheure Übergriffe gemacht worden sind. Sogar noch damals, als Dr. Karasiewicz schon seiner Tätigkeit enthoben worden war, haben bedeutende Vertreter der Nationaldemokratie gefordert, daß er in seine Tätigkeit wieder eingesetzt werde. Davon geben Zeugnis zahlreiche Briefe von großen Vertretern des nationaldemokratischen Lagers an den Präses des Główny Urząd Ziemski, Ludkiewicz. (Davon geben Zeugnis die Posener nationaldemokratischen Blätter, wie der „Kurjer Poznański", wie das okazijstische Organ „Dziennik Poznański". Die Red.)

Sagt endlich nicht, Ihr Herren Abgeordneten, daß Warschau in Posen regiert habe, denn das klingt schon mehr als komisch. Ich kann jeden Augenblick mit Dokumenten dienen, die unwiderleglich davon zeugen, daß Dr. Karasiewicz die Warschauer Behörden nicht anerkannt hat.

Denn im Okręgowy Urząd Ziemski wirtschafteten ganz allein die National- und die Christlichdemokraten, und wer dieser Klicke nicht angehörte, der nahm entweder eine sehr untergeordnete Stellung ein, oder er wurde aus dem Dienste entfernt. Das bezeugen unwiderleglich die Akten des Okręgowy Urząd Ziemski in Posen.

Mein bescheidener Artikel war nur die Eröffnung dieser wichtigen Angelegenheit, die sehr breit besprochen werden und zum Vorteil des Staates und seiner Bürger gelöst werden muß."

Der „Przegl. Wiecz." fügt hinzu: Man muß hoffen, daß die 8-Milliarden-Angelegenheit nicht totgeschwiegen wird und im Sejm ihr Ende findet. Die Anklagen sind mit Dokumenten begründet, und der Sejm muß sich dazu äußern, trotz der Bemühungen derer, die die Übergriffe geheim halten wollen.

Republik Polen.

Fürst Radziwill über die Moskauer Abrüstungskonferenz.

Der Vorsitzende der polnischen Delegation für die Moskauer Abrüstungskonferenz, Fürst Radziwill, hat in einer Unterredung mit Vertretern der Moskauer Presse erklärt, daß die Bedingung für den Erfolg der Konferenz darin bestehe, daß im Laufe der Beratungen keine Versuche gemacht werden, den Arbeiten der Konferenz den Charakter von Auftritten zu geben, die darauf berechnet sind, durch nichts gerechtfertigte Illusionen zu schaffen, die die öffentliche Meinung in Europa bereits erschöpft haben. So lange jeder Versuch der von den mit den Sowjets angrenzenden Staaten unternommen wird, um mit ihnen normale Handels-, Konsularbeziehungen usw. anzuknüpfen, erfolglos bleibt, ist die Schaffung von Bedingungen friedlicher Zusammenarbeit nur ein schönes Streben, selbst wenn die Abrüstungsfrage sehr günstig gelöst werden sollte.

Sitzung des Transitkomitees.

Am Montag fand im Ministerium für Handel und Industrie eine Sitzung des Transitkommission statt, in der die Frage des Transits nach Rußland und Rumänien durch Polen besprochen wurde.

Aus dem politischen Leben.

Die politischen Ziele der jüdischen und weißrussischen Minderheit.

Ein Mitarbeiter der Warschauer Zweigstelle des „Rußpreß" hatte mit dem Vorsitzenden der Vereinigung der jüdischen Sejmabgeordneten, Abg. Grünbaum, eine Unterredung.

Abg. Grünbaum erklärte, daß nach seiner Meinung die erste Frage, mit der sich der Sejm zu befassen haben wird, die Frage der nationalen Minderheiten ist. Die Regelung dieser Frage durch Verwirklichung der entsprechenden Verfassungsvorschriften wird Aufgabe des Sejm sein. Abg. Grünbaum legt der Minderheitenpolitik des Sejm große Bedeutung bei und weist darauf hin, daß die gesamte Zukunft Polens von der Richtung, die es in dieser Politik einschlagen wird, abhängt. Abg. Grünbaum ist der Ansicht, daß die künftige Regierung den nationalen Minderheiten eine weitgehende territoriale und exterritoriale Autonomie gewähren müsse, da das Beispiel Rußlands bewiesen habe, daß eine ungerechte Nationalitätenpolitik bei der ersten Katastrophe ungeheure Erschütterungen des Staatsorganismus hervorrufen kann.

Nach den Worten des Herrn Grünbaum ist die Frage eines weiteren Bestehens des Minderheitenblocks im Sejm nicht einmal diskutiert worden. Jede Nationalität hat ihre eigene parlamentarische Fraktion gebildet, die selbständig vorgehen wird. In Fragen, die alle nationalen Minderheiten angehen, wird ein Kontakt mit den anderen Klubs aufrechterhalten bleiben.

Die jüdischen Abgeordneten im Sejm haben vor allen Dingen die Absicht, eine Aufhebung aller bisher gegen die Juden bestehenden Einschränkungen zu erreichen. Außerdem werden sie fordern, daß die nichtkatholische Bevölkerung von der Pflicht, die katholischen Feiertage zu feiern, befreit wird; auch die Schulfrage und die Frage der Bildung eines besonderen Regierungsorgans für Angelegenheiten der nationalen Minderheiten soll aufgeworfen werden. In diesen Fragen rechnen die jüdischen Abgeordneten auf die Unterstützung der Vertreter der anderen nationalen Minderheiten. Zum Schluß der Unterredung erklärte Abg. Grünbaum, daß die Gesundung der polnischen Finanzen seiner Ansicht nach gleichfalls durch Änderung der bisherigen Minderheitenpolitik möglich sei.

Ein Mitarbeiter des „Kurjer Polski" hatte eine Unterredung mit dem Führer der weißrussischen Sejmfraktion, Abgeordneten Taraschkiewicz. Zwischen dem Journalisten und dem Abgeordneten entwickelte sich nachfolgendes Gespräch: „Wie urteilen Sie über die Wahlen, Herr Abgeordneter?" — „Wenn ich von den Wahlen sprechen soll, so möchte ich vor allem feststellen, daß die uns gemachten Vorwürfe, daß wir die Wahlen in den Ostmarken terrormäßig durchgeführt haben, ungerecht sind. Nicht uns, sondern der Verwaltung der Ostmarken muß Terror vorgeworfen werden." — „Sind die Herren mit dem Ergebnis der Wahlen zufrieden?" — „Verhältnismäßig." — „In welchem Verhältnis stehen Sie jetzt zu dem Minderheitenblock?" — „Ich kann Ihnen sagen, daß wir in Nationalitätenfragen mit den übrigen nationalen Minderheiten im Sejm zusammengehen werden." — „Und in welchem Verhältnis wird die weißrussische Gruppe zu den polnischen Parteien stehen?" „Wir gehen ausdrücklich mit der polnischen Linken zusammen. Wir haben ein vollständig klares soziales Programm, das von unserem Sejmklub angenommen und durch die Wilnaer Tagung bestätigt

wurde. Ich wiederhole, daß für uns eine Zusammenarbeit nur ausschließlich mit der polnischen Linken möglich ist."

„Und mit welcher Losung werden Sie im neuen Sejm auftreten?" — „Vor allem fordern wir eine territoriale Autonomie für alle weißrussischen Gebiete, was Hand in Hand mit der kulturellen Autonomie geht. Weiterhin werden wir die Gesundung der Verwaltungsverhältnisse in den Ostmarken fordern. Unsere wichtigste und Hauptlosung aber wird sein: die Aufhebung des Gesetzes über die Zwangsansiedlung in den östlichen Randgebieten."

Ein offener Brief des Abgeordneten Wasilewski an die „Chjena".

Im „Przegląd Wieczorny" findet sich ein „Offener Brief" des Abgeordneten der Witos-Gruppe, Romuald Wasilewski, in dem er die politische Ethik des Nationalen Volksverbandes (Hauptpartei der „Chjena") mit folgenden charakteristischen Sätzen zeichnet:

„Der Nationale Volksverband verabscheute die Regierung Witos lediglich aus dem Grunde, daß meine Partei mit der Partei der Nationalen Volksverbandes nicht an einem Regierungstisch Platz nehmen wollte. Dieser Kampf war so ungeheuerlich — und man war in der Wahl der Mittel durchaus nicht wählerisch —, daß die Zeitungen der Polen feindlich gesinnten Staaten ihre Aufsätze aus den Blättern des Nationalen Volksverbandes übernahmen, da diese Staaten auf eine andere Art, und sollten sie sich noch so große Mühe geben, den polnischen Staat nicht mehr hätten verächtlich machen können, als durch den Abdruck von Elaboraten der Endecja.

Denn was schrieb man damals in diesen Zeitungen? Man schrieb, die Regierung Witos sei eine Regierung von Banditen und Pferdedieben, eine Regierung von Räubern, Dummköpfen und Taugenichtsen, daß Polen dem Ruin und Zerfall entgegengehe, daß Polen binnen kurzem zu bestehen aufhören werde. Alles dies geschah im Interesse der Partei, dieses Interesse stand also höher als das des Staates.

Ein klarer Beweis hierfür, der davon zeugt, daß der Nationale Volksverband in seinem Parteiinteresse sich nicht einmal scheut, die Tribüne des Sejm zu mißbrauchen, das Ansehen der staatlichen gesetzgeberischen Körperschaft zu untergraben, war die durch den Abgeordneten Staniszkin (Nationaler Volksverband) eingebrachte Beschwerde gegen meine Partei über die angebliche Beraubung von Wäldern. Diese ganz aus den Fingern gesogene Anklage, die sich auf falsche Zeugen und gefälschte Dokumente stützte, wurde stets von der Presse des Nationalen Volksverbandes, von Abgeordneten und Agitatoren dieser Organisation verbreitet, sogar in einer Zeit, als der Justizminister auf Grund der durchgeführten Untersuchung festgestellt hatte, daß in den Gesellschaften, die im Besitz von Volksparteilern waren, keine Mißbräuche verübt worden sind, daß dagegen Mißbräuche in zwei Holzgesellschaften vorgekommen sind, deren Inhaber Mitglieder der Nationaldemokratie waren.

Und doch rechneten die Führer des Nationalen Volksverbandes nicht damit, daß sie durch eine fälschliche Anklage gegen Leute, die an der Spitze des Staates stehen, unter den Massen den Glauben an den Rechtszustand in Polen untergruben. Ein klarer Beweis dafür, daß die Tribüne des Sejm zu Parteizwecken mißbraucht wurde, war ferner die Anklage eines Abgeordneten des Nationalen Volksverbandes gegen den Leiter des Hauptlandschaftsamts. Wie das Marschallgericht feststellte, beruhte die Anklage auf falschen Zeugenaussagen und gefälschten Dokumenten, trotzdem wurde sie stets als Hauptanklage gegen die Piasten erhoben, denen man vorwarf, sie hätten sich am Staatsschatz bereichert."

Hierzu bemerkt die „Deutsche Rundschau": Damals also waren die Piasten „Banditen und Pferdediebe", da sie der Endecja nicht die geforderten Ministersessel überlassen wollten. Heute sind sie die edelsten Landsleute, so lange sie Portefeuilles zu verteilen haben. Man wird sie wieder des Raubes an öffentlichen Geldern bezichtigen, sofern sie nicht an einem Tische mit denen Platz nehmen, die ihnen gestern Ehre und Glauben absprachen. Der „Offene Brief" des Herrn Wasilewski kann durch Erinnerungen aus der Wahlagitation noch wesentliche Ergänzungen erfahren. Es lohnte sich wahrlich, die geharnischten Artikel des Witosfreundes Kulerski in der „Gazeta Grudziądzka" zu sammeln, die über die Liste 8 — und fast immer mit gutem Recht — nur Böseszu berichten wußten und ihnen die Plakate der Endecja gegenüberzustellen, auf denen die „Dolijda-Schieber" verdammt wurden. Heute finden sich die feindlichen Brüder bei den Wahlen der Präsidenten und Vizepräsidenten) und schämen sich der Sünden des andern nicht. Es geht doch nichts über eine gute Moral und ein gutes Geschäft! Das ganze aber nennt man „nationale Politik".

Die Jaworzynafrage nach 18monatigen Verhandlungen noch immer unerledigt.

Paris, 4. Dezember. Die Antwort der polnischen Regierung auf die Note des Botschafterrates vom 30. Oktober über die Jaworzynafrage ist am Quai d'Orsay erst am 29. November überreicht worden. Die polnische Note schildert die Rechtslage der Jaworzynafrage nach Abbruch der polnisch-tschechischen Verhandlungen. Sie weist darauf hin, daß die Verhandlungen 18 Monate hindurch ohne Erfolg geführt worden seien, was als Beweis dafür gelten könne, daß die Jaworzynafrage auf diesem Wege nicht geregelt werden könne. Die polnische Regierung bittet den Botschafterrat um schnellste Entscheidung mit Rücksicht darauf, daß eine weitere Verzögerung der Entscheidung sowohl die Interessen Polens als auch Tschechiens schädigen würde, indem dadurch die Wiederkehr normaler Verhältnisse im Jaworzynagebiet verzögert werden wird.

Der Budgetanschlag des Postministers.

„Przegląd Wieczorny" teilt mit daß das Präliminarbudget des polnischen Postministeriums 76797000000 Mark Ausgaben und 72000000000 Mark Einnahmen vorsieht.

Der private Luftschiffverkehr in Polen.

Vom Eisenbahnministerium wurde im Ministerrat eine Gesetzesvorlage eingebracht über den privaten Luftschiffverkehr in Polen. Das Gese reguliert die Vorschriften über das Eigentumsrecht der Luftschiffe, deren Registrierung sowie die Kontrolle des Luftschiffverkehrs.

Die polnische Schiffahrtsliga in Gdingen.

In der letzten Sitzung der polnischen Schiffahrtsliga wurde die Tätigkeit der Niederlassung in Gdingen besprochen. Die Liga hat in Gdingen zweimal Regatten veranstaltet. Gegenwärtig plant sie den Bau eines eigenen Gebäudes in Gdingen.

Wojewodschaft Schlesien.

Die allmähliche Einführung der Polenmark.

Kattowitz 3. Dezember. Auf die Frage, wie in der Praxis die Einführung der polnischen Mark in Oberschlesien im Sinne des Sejmbeschlusses vom 27. November aussehen wird, erteilte der Chef der Finanzabteilung der Wojewodschaft, Oberregierungsrat Pawlitta, dem Vertreter einer Nachrichtenagentur folgende Informationen:

Die Genfer Konvention wird hinsichtlich der deutschen Mark als alleinigem Zahlungsmittel in Oberschlesien am 1. Dezember d. Js. gekündigt, doch muß die deutsche Mark noch eine Zeitlang neben dem zweiten gesetzlichen Zahlungsmittel, d. i. der polnischen Mark im Verkehr bleiben. Regierung und Wojewodschaft werden die polnische Mark überall dort einführen, wo es die Gesetze gestatten, neulich bei der Auszahlung der Dienstbezüge, bei Einziehung der Steuern und Finanzabgaben, bei Festsetzung der Kohlenpreise, was besonders wichtig ist. Dasselbe gilt von der Lebensmittelversorgung seitens der Regierung. Diese Mittel werden dazu beitragen, daß die Einführung der polnischen Mark nicht plötzlich, aber im vollen Umfange und für immer erfolgt. Auch die Kohlenindustrie wird nach Polen in Polenmark fakturieren müssen.

Eine der weittragendsten Folgen des Valutawechsels wird wahrscheinlich die Paralysierung der Inflation sein, und besonders der Export der polnischen Mark. Die damit verbundene Nachfrage nach polnischer Mark wird die Wirkung der Inflation vorteilhaft ausgleichen.

Selbstverständlich muß die Einführung der Polenmark notwendigerweise eine Änderung aller Vorschriften über öffentliche Leistungen zur Folge haben, was die besonders auf dem Gebiete der Verbrauchssteuern so sehr erwünschte Unifikation erleichtern wird.

Prüfung der Valutaangelegenheit an Ort und Stelle.

Im Zusammenhang mit der Zustimmung des schlesischen Sejms zur Einführung der polnischen Valuta im oberschlesischen Teile der schlesischen Wojewodschaft und mit der Absicht der Regierung, die deutsche Mark in Schlesien außer Kurs zu setzen, haben sich am Sonntag abend Vizeminister der Finanzen, Fajans, der Chef der Valutaabteilung in der Polnischen Landesdarlehnskasse, Dr. Karpinski, und der Referent für schlesische Finanzfragen, Dr. Barański, nach Kattowitz begeben, um an Ort und Stelle mit den Problemen bekannt zu werden, die sich aus dem geplanten Valutawechsel ergeben, insbesondere, um die Frage der Gestaltung der Bargeld- und Kreditumsätze in Schlesien durchgeführter Valutawechsel zu prüfen.

Petroleum und Eisen.

Kattowitz, 4. Dezember. Vertreter der Petroleumindustrie haben sich an die schlesische Handelskammer mit der Bitte um Anknüpfung von Beziehungen mit der hiesigen Eisenindustrie gewandt, um die nötigen Bohrungsmaterialien zu erhalten. Wie die schlesische Handelskammer mitteilt, ist die Aktion in dieser Angelegenheit unter Vermittelung der Hütten-Bergwerksverbandes in die Wege geleitet worden.

Eine Aussprache zwischen Frankreich und Deutschland?

Die „L'Information" schreibt: „Für einen Meinungsaustausch, der noch für die Londoner Vorkonferenz Nutzen bringen soll, ist es zu spät; aber wenn die deutsche Regierung über die Reparationsfragen eine direkte Aussprache mit Frankreich wünscht, sollte man diese Aussprache nicht ablehnen. Deutschland ist in einer Lage, die seine Staatsmänner und Wirtschaftssachverständigen dazu antreibt, nach Besserung zu streben. Die Deutschen sind nicht arm an Ideen und Plänen. Mögen sie also sagen, was sie zu sagen haben, und ein neues Urteil über ihren guten Willen ermöglichen. Hören wir nur ein neues „Non possumus", dann wissen wir um so besser Bescheid. Vorher aber muß jeder Staat und jeder Staatsmann ebenso in Brüssel wie in Lausanne sich bemühen, Katastrophen zu verhüten, die nicht nur ein Volk allein, sondern ganz Europa bedrohen."

Aus einer Bemerkung des „Temps" scheint hervorzugehen, daß die Vorkonferenz der verbündeten Minister vielleicht doch nicht in London, sondern, wie es Mussolini wünscht, in Boulogne stattfinden könnte. Wenigstens wird gesagt, Poincaré sei ebenso bereit, nach Boulogne wie nach London zu gehen. (Im übrigen empfiehlt der „Temps" noch einmal, die Beratungen zu teilen. Da Deutschland am 15. Januar nicht zahlen könne, müsse ihm ein provisorisches Moratorium zugestanden werden. Aber Frankreich könne diesem Zahlungsaufschub nur zustimmen, wenn es Sicherheiten erhält, und es wünscht, daß alle Verbündeten an der Ausnutzung dieser Pfänder teilnehmen. Dieses Verfahren müsse zunächst organisiert werden; danach könnten die Verbündeten später in größere Verhandlungen eintreten. Mit einer Anspielung auf die „Sanktionen" für Passau und Ingolstadt fügt der „Temps" hinzu: „Der Versuch, gewisse Sicherheiten zu gewinnen und auszunutzen wird für die späteren Verhandlungen lehrreich sein." — Mit den „späteren Verhandlungen" sind natürlich Verhandlungen über das Rheinland gemeint.

Eine amtliche Darstellung über die Vorgänge in Passau und Ingolstadt.

Zu den Vorkommnissen in Passau und Ingolstadt wird amtlich aus München gemeldet: Gelegentlich von Kontrollen der hiesigen verbandsstaatlichen Distriktskommission sind am 24. Oktober in Passau und am 22. November in Ingolstadt Mitglieder dieser Kommission von Teilen der Bevölkerung schwer beleidigt und teilweise auch mit Steinen beworfen worden. Diese Vorkommnisse wurden von dn zuständigen Staatsbehörden sogleich eingehend untersucht. Dabei wurde festgestellt, daß den Polizeibehörden keinerlei Schuld beizumessen ist; schon deswegen nicht, weil sie über das Eintreffen der verbandsstaatlichen Kommission nicht orientiert waren und daher rechtzeitig polizeiliche Maßnahmen nicht treffen konnten. Die staatsanwaltliche Untersuchung gegen die Täter ist noch im Gange.

Die Städte Passau und Ingolstadt richteten an die hiesige Kontrollkommission wegen der Vorkommnisse besondere Ent-

Danziger Frühkurse vom 5. Dezember.

Die polnische Mark in Danzig . .	47—48½
Der Dollar in Danzig	8000—8100

Tendenz: fest.

Sidi Marik.

Roman von L. vom Vogelsberg.

(13. Fortsetzung.)

Für die letztern hatte Lel keine Verwendung; sie wunderte sich ganz ernstlich, daß es Leute gab, die solchen Dingen nachliefen. Und auch bei den Schlössern waren ihr die Gärten und die Vögel am liebsten. Wie konnten sich Menschen nur in große steinerne Häuser vergraben, mochten sie noch so schön mit Teppichen behängt sein. Sidi Marik suchte sie von dieser Ansicht nicht abzubringen. Er hatte die Dreißig eben hinter sich, und wenn einer aus reiner Sehnsucht durch Afrika pilgert, dann darf das Romantische bei ihm nicht dünn aufgetragen sein. Es wäre ihm als unerhörte Barbarei erschienen, dieses geschmeidige, schlanke Weib zwischen Steinwände zu pferchen, seine Freiheit nur irgendwie zu beschränken. Lel liebte die Wüste, die Zelte, Licht und Sonne; sie liebte die Tiere ringsum, die Palmen, die dürr im Glutwind raschelten, und ihre märchenhaft schöne Patin, Leila, die wunderbare, tiefgründige Mondnacht voller Geheimnisse und versteckter Zauberei. Das Böse kannte sie nicht; sie war schön und gut, und darum sollte es die Welt in ihren Augen auch sein. Auf dem Ballen im großen Zelt wurden ernsthafte Zwiegespräche geführt. Sidi Marik sog an seiner Pfeife, und Lel schob eine Dattel nach der andern zwischen die weißen Zähne und warf ihrem Freund dabei verstohlene Blicke zu. Sie war sich noch nicht im Klaren darüber, was sie mit den Kernen anfangen sollte. Aber wenn die Grübchen sich in Kinn und Wangen verteilten und in den samtschwarzen blanken Augen Goldfünkchen zu tanzen begannen, dann hatte sie einen Ausweg gefunden. Stets zum Nachteil Sidi Mariks.

Aber Sidi Marik nahm nichts übel. Nur das eine fand Lel sonderbar, daß er sie nicht mehr haschte und überhaupt sorgsam vermied, sie mehr als nötig zu berühren. Und schließlich war auch ihr das lieber, denn ihr war seltsam zu Mute geworden, wenn seine Hand sie streifte. Schon früher zwar, aber jetzt war das Gefühl stärker und so eigen ermattend. Ob Sidi Marik zaubern konnte? Sicherlich, denn er konnte vieles; aber eigentlich Proben, die jemanden geschadet hätten, hatte Lel noch nicht gesehen. Und der Großvater war sehr zornig geworden, als einer vom Stamm einmal einen solchen Verdacht aussprach. Das war freilich schon lang eher, und Lel war damals noch ein Kind gewesen. Den bösen Blick hatte Sidi Marik sicherlich nicht, seine Augen waren braun und freundlich und konnten so vergnüglich lachen. Und dann hatte sie auch die „Hand der Fatme." Ihre schlanken Fingerchen fischten das roh gearbeitete silberne Amulett aus dem Hemdchen hervor, und ihre Augen betrachteten es prüfend. Ob es wohl etwas helfen würde, wenn Sidi Marik wirklich böse war? Lel war im Grunde recht zweifelsüchtig veranlagt, und sie gab auf die Regungen ihres guten Herzens mehr als auf die tyrannischen Gebote Allahs. Der Gegenstand ihrer stillen Betrachtungen saß nur eine Handbreit von ihr entfernt und ahnte nichts von der Aufmerksamkeit, die ihm gewidmet wurde. Nur als die Hand der Fatme wieder am Halse auf den Busen hinabglitt, stieß er einen tiefen Seufzer des Neides aus. Aber er mußte schon zufrieden sein, wenn Lel neben ihm saß. Auf dem Ballen hockte sie zusammengekauert, streckte ab und zu eines ihr reizenden, ganz hellen Füßchen heraus und betrachtete sie nachdenklich. Dann knabberte sie an einem Stück Mandelkonfekt, schnippte respektlos nach ihrem Freund mit einem Dattelkern und fragte achtsam, ob die Damen in seiner Heimat in ihren blauen Baumwollhemden und bloßen Füßen nicht frören, wenn es doch dort so kalt sei. Der Freund hütet sich, ob solcher Fragen zu lachen. Er mühte sich, ihr ein anschauliches Bild von der Kleidung einer europäischen Dame zu geben, und Lel hörte erst ganz verdutzt dann mit dumpfer Angst zu. Schließlich aber sprang sie auf und lachte, was nur aus ihrer jungen Brust herauswollte.

O, Sidi Marik, Du bist ein großer Spaßmacher! Aber Allah wird Deine lügnerische Zunge schon strafen. Willst Du mir nicht einmal eine solche Frau zeigen, damit ich glauben kann?" Der Berichterstatter machte ein höchst verzweifeltes Gesicht und ließ fast die Pfeife ausgehen. Lel kauerte hurtig nieder und brachte sie wieder in Ordnung.

„O, Sidi Marik, warum lügst Du so?" Er schwor und beteuerte, sie lachte ihn aus. Er gelang ihm nur halb, sie zu überzeugen. Aber sie war doch nicht wenig nachdenklich geworden. „Darum bist Du wohl von dort fortgegangen, weil Du unter so wunderlichen Leuten nicht leben willst?" —

„Das auch. Lel, hm ja . . ." Sie sah ihn standhaft an.

„Sind die Frauen dort schön wie hier? fragte sie. Es lag etwas halb Ängstliches, halb Drohendes in der Frage. Gleichmütig nickte er.

„Sie sind sehr weiß."

„Ganz weiß?"

„Ganz weiß!"

„Das ist doch nicht schön!" behauptete sie bestimmt. Und dann sah sie ihm vertrauend ins Gesicht und fragte, ohne Scheu und Ziererei:

„Gefalle ich Dir besser als Deine weißen Frauen?" Er war so verdonnert, daß er zunächst gar nicht die wahrheitsgemäße und einfache Antwort fand. Sie wartete eine Sekunde, dann lief ihr plötzlich das Blut in die Wangen, und sie rannte fort.

„Ja, Lel!" schrie er ihr nach, „ja, ja!" Da bückte sie sich und warf eine Handvoll Sand nach ihm und rannte weiter. Sidi Marik aber nahm sich mit tiefernster Miene vor, alle die Ballen, auf denen er saß, so lange ungeöffnet zu lassen, bis er hinter das wahre Wesen Lels gekommen sei, und er beschloß dieses Vornehmen mit einem Seufzer, denn er verhehlte sich nicht, daß er darüber so alt werden könnte, wie Schech Mohammed el Walid. Die Jugend freute sich, daß Sidi Marik wieder da war. Er warf sie zwanzigmal aus seinem Lagerzelt hinaus, und zum einundzwanzigsten Male kam sie wieder herein. Er war ein Feind der Anwendung von Gewalt gegen Kinder. So machte er das ganze Zelt „tabu" und versprach jeder Range alle Höllenstrafen, wenn sie sich nicht manierlich innerhalb des geheiligten Raumes betrage. Das wirkte. Wenn er indes mit Lel auf dem Ballen saß, dann brauchte er auch dieses feine Mittel nicht mehr, sondern faßte das Alter bis zu zwölf Jahren am Kragen und warf es hinaus. Da aber das jüngere Lebensalter meist überhaupt kein Gewand, geschweige einen Kragen aufwies, so hatte das Hinauswerfen manchmal Schwierigkeiten. Aber dann brauchte er nur nach einem Kamelhaarstrick zu greifen, um für den nächsten Tag feiertägliche Ruhe zu haben. Fatme protestierte nicht das war unverkennbar. Sie war eitler als Lel, und ihrer schönen Fülle stand der klingende Silberschmuck auch sehr wohl an. Da aber auch für die andern Schönen des Duars ab und zu eine Schaumünze durch Vermittlung der Gatten und Väter von seiten Sidi Mariks abfiel, so konnte ein wirklicher Neid gar nicht aufkommen, und das linde Gemüt der schönen Frau Said Ibrahims lechzte auch nicht nach solchen Triumphen. Lel prangte auch weiterhin ohne merklichen äußeren Schmuck in ihrer heißen, aufreizenden Schönheit. Aber wenn sie neben Sidi Marik saß, dann hafteten ihre Augen oft tiefnachdenklich auf dem Ballen, der die drei Armringe barg, die ihr der Gatte dereinst verehren sollte.

(Fortsetzung folgt.)

schuldigungsschreiben. Darüber hinaus war es der Regierung auf Grund der Sachlage jedoch nicht möglich, die von der interalliierten Militärkontrollkommission noch weiterhin verlangten Strafmaßnahmen (Versetzung der verantwortlichen Polizeichefs) vorzunehmen.

Trotzdem machen nun die Verbandsstaaten die örtlichen Polizeibehörden feierlich verantwortlich, verlangen von ihnen sowie von den beiden Städten die Erfüllung drückendster Verpflichtungen (außerordentlich hohe Geldbußen und Strafversetzungen) und stellen bei Nichterfüllung bis zum 10. Dezember schärfste Sanktionen in Aussicht.

Das Verhalten der Bevölkerung, ihre zunehmende Entrüstung über die dauernd demütigende Kontrolle ist für jeden national empfindenden Deutschen verständlich; dennoch verlangt das Gebot der Stunde kluge Zurückhaltung und Beherrschung der inneren Gefühle. Es muß den Verbandsstaaten auch der Schein eines Rechtes genommen werden, uns immer wieder drückende und gänzlich unberechtigte Opfer aufzuerlegen.

Wegen der Fälle in Passau und Ingolstadt ist die bayerische Regierung mit der Reichsregierung in Verbindung getreten.

Der „Vorwärts“ zu Poincarés „Sühnenote“.

„Die Note der Botschafterkonferenz trägt nicht nur formell die Unterschrift Poincarés, sondern sie ist auch augenscheinlich sein eigenes Werk. Denn sie beruht in der Hauptsache auf einer spitzfindigen Unterscheidung zwischen „Entschuldigung“ und „Bedauern“, die nur in dem Advokatengehirn eines Poincaré eine derartige Bedeutung erlangen konnte, daß sie jetzt zur Grundlage — und zum Vorwand — einer großen „Aktion“ geworden ist. Und das ist das Empörende, gegen das auch wir Sozialdemokraten uns wenden müssen: wegen eines dialektischen Kniffes wird neuer Haß zwischen den Völkern gesät, wobei letzten Endes wohl bei Poincaré der Gedanke ausschlaggebend war, daß er mit neuen stilistischen Brutalitäten gegen Deutschland sein eigenes Prestige in Frankreich wieder heben könnte.“

Der Wortlaut der „Sühnenote“.

Die dem deutschen Botschafter in Paris überreichte Note der Botschafterkonferenz hat folgenden Wortlaut: „Herr Botschafter! Die alliierten Regierungen hatten die deutsche Regierung durch ihre Erklärung vom 13. November aufgefordert, der militärischen Kontrollkommission ihre Entschuldigung wegen der Haltung ihrer Staatsangehörigen gegen die Mitglieder dieser Kommission bei den Vorfällen in Stettin und Passau auszusprechen. Diese Entschuldigung sollte bis spätestens 29. November an die interalliierte militärische Kontrollkommission gerichtet werden. Am selben Tage sollten die schon von der genannten Kommission oder von den alliierten Regierungen wegen jener beiden Vorfälle geforderten Wiedergutmachungen und Sühnehandlungen bewilligt sein. Was den ersten Punkt betrifft, so hat die deutsche Regierung durch Schreiben vom 16. November statt der alliierten militärischen Kontrollkommission ihre Entschuldigung auszusprechen, sich damit begnügt, derselben ihr Bedauern auszudrücken, was nicht als hinreichend erscheinen kann, da die deutschen Beamten bei diesen Vorfällen eine unmittelbare Verantwortung trugen. In dieser Hinsicht müssen die alliierten Regierungen feststellen, daß sie keine Genugtuung erhalten haben. Betreffs des Vorfalles in Stettin hat die deutsche Regierung sich durch ihre Note vom 16. November verpflichtet, der interalliierten Kontrollkommission die von den alliierten Regierungen für die Ausführung dieser Maßnahmen geforderten Genugtuungen zu geben. Die interalliierte militärische Kontrollkommission wird der deutschen Regierung einerseits die Form bekanntgeben, in der die Entschuldigungen des Polizeipräsidenten von Stettin zu erfolgen haben, andererseits die von der deutschen Regierung der interalliierten militärischen Kontrollkommission zu gebenden Bürgschaften für die beiden anderen Sühnehandlungen betreffs des Vorfalles in Passau. Der Bürgermeister von Passau hat sich begnügt, dem Distriktsausschuß in München sein Bedauern auszudrücken, während die alliierten Regierungen unter Berufung auf das Schreiben des Generals Nollet vom 30. Oktober Entschuldigungen verlangt hatten mit der Maßgabe, daß darin Form und Datum sowie die Bedingungen, unter denen diese Entschuldigungen in der Presse zu veröffentlichen seien, später bestimmt würden. In dieser Hinsicht ist der Erklärung der alliierten Regierungen vom 13. November keine Genüge geleistet. Überdies hat die deutsche Regierung durch Schreiben vom 18. November Nr. 7705 bekannt gegeben, daß, wenn sie den Bataillonskommandeur in Passau abgelöst hätte, sie dagegen der Forderung der Abberufung der Polizeibeamten doch nicht entsprochen habe. Andererseits hat sich am 22. November ein neuer schwerer Fall in Ingolstadt ereignet. Die beiden alliierten Offiziere, die bereits Opfer des Vorfalles in Passau gewesen sind, sind aufs neue von der Bevölkerung beschimpft und tätlich angegriffen sowie von ihr an der Erfüllung ihres Auftrages gehindert worden. Angesichts der unzureichenden Genugtuung der deutschen Regierung wegen der Vorfälle in Stettin und Passau wie des neuen Falles in Ingolstadt und angesichts der unerläßlichen Notwendigkeit, dem Widerstand der deutschen Behörden gegen die Ausführung der militärischen Vertragsbestimmungen ein Ende zu machen, wie auch die Mitglieder der interalliierten militärischen Kontrollkommission in der Ausübung ihrer Tätigkeit zu schützen, haben die alliierten Regierungen bestimmt, daß vor dem 10. Dezember d. Js.: 1. die von der deutschen Regierung noch nicht gegebenen und oben in Erinnerung gebrachten Genugtuungen auszuführen sind; 2. die betreffs des Vorfalles in Ingolstadt der deutschen Regierung von der interalliierten militärischen Kontrollkommission anzugebenden Wiedergutmachungen und Sühnehandlungen auszuführen sind; 3. der bayerische Ministerpräsident der interalliierten militärischen Kontrollkommission schriftlich seine Entschuldigung für die Vorfälle in Passau und Ingolstadt auszusprechen hat; 4. jede der Städte Passau und Ingolstadt mit einer Buße von 500 000 Goldmark bestraft wird, die an die interalliierte militärische Kontrollkommission zu zahlen ist. Sollte diese Zahlung zu dem festgesetzten Tage nicht oder nur teilweise bewirkt sein, so würden die alliierten Regierungen zu ihren Gunsten eine Million Goldmark oder den Gegenwert dieser Summe aus den Geldmitteln erheben, die die bayerische Regierung aus der Pfalz bezieht oder, falls diese nicht ausreichen, aus irgend welchen anderen Mitteln im besetzten Rheinlande. Ich beehre mich, Ew. Exzellenz zu bitten, das Vorstehende zur Kenntnis Ihrer Regierung bringen zu wollen. Genehmigen Sie usw. gez. R. Poincaré.“

Aufgeschobene Kopenhagen-Reise des deutschen Außenministers.

Reichsaußenminister Dr. von Rosenberg, der sich am Sonnabend nach Kopenhagen begeben wollte, hat diese Reise infolge der neuen Note der Botschafterkonferenz zunächst vertagt.

Englisch-türkische Gegensätze in Lausanne.

Der Korrespondent des „Matin“ in Lausanne meldet, daß Lord Curzon eine sehr erregte Unterhaltung mit Ismet Pascha gehabt habe. Lord Curzon ließ am Donnerstag abend 11 Uhr den Delegierten von Angora bitten, ihn gleich zu besuchen. Eine halbe Stunde später kehrte Ismet Pascha in sein Hotel zurück. Er war sehr erregt. Über den Gegenstand der Unterhaltung hat er keine Mitteilung gemacht, doch läßt sich mit Sicherheit vermuten, daß Lord Curzon es einmal mit der starken Methode versucht hat, nachdem die Konferenz auf andere Art nicht vorwärts geht. Das Verfahren Lord Curzons ist nicht leicht zu nehmen, weil er vorgegangen ist, ohne sich vorher mit den Delegierten Frankreichs und Italiens verständigt zu haben. Die Engländer denken schon daran, die Konferenz zu vertagen, wie es der Delegierte der Vereinigten Staaten Child angeregt hat. Auch in anderen Zeitungen wird von einer Krise gesprochen. Die Türken geben keine ihrer Forderungen auf, weder die Grenze in Kleinasien, noch die Volksabstimmung in Westthrazien, noch selbst in den Handelsübereinkünften, die getroffen werden sollen. Auch Pertinax hält diese Situation für schwierig, weil Ismet Pascha ein entschlossener Soldat ist und sehr energisch handle.

Baldiger Schluß in Lausanne?

Die Konferenz wird wahrscheinlich nicht so lange dauern, als man zu Anfang angenommen hatte. Lord Curzon verlangte in der Freitagssitzung des Ausschusses für Gebietsfragen eine Beschleunigung der Arbeiten. Die Konferenz soll nach einer nichtamtlichen Mitteilung noch vor Weihnachten beendigt sein.

Tschitscherins Ankunft in Lausanne.

Der Vorsitzende der russischen Delegation, Tschitscherin, traf am Freitag abend 8 Uhr in Lausanne ein. Am Bahnhof, wo Tschitscherin von Rakowski und Worowski empfangen wurde, war ein strenger Sicherungsdienst eingerichtet. Tschitscherin stieg im Hotel Savoie ab. Tschitscherin und Ismet Pascha sowie eine Anzahl der Mitglieder ihrer Delegation speisten heute gemeinsam im Hotel Palace Lausanne.

Eine Erklärung Tschitscherins über die russischen Forderungen.

Die Pressestelle der russischen Delegation in Lausanne stellt den Text einer langen Erklärung zur Verfügung, die Tschitscherin dem „Temps“ übergeben hat. In dieser Erklärung weist der Führer der russischen Abordnung energisch darauf hin, daß für Rußland nur die völlige Schließung der Meerengen für Kriegsschiffe in Betracht komme. Jedes internationale Kontrollsystem, ob es sich nun um den Völkerbund oder um eine internationale Kommission handle, würde die Vorherrschaft der stärksten Seemacht bedeuten. Die Öffnung der Meerengen für fremde Kriegsschiffe sei in diesem Falle um so gefährlicher, als gegenwärtig eine gewisse Macht, die nicht Frankreich sei, sich in Südpersien festzusetzen versuche, um sich der Petroleumgebiete zu bemächtigen, womit eine Aktion in Transkaukasien verbunden sei, welche die Brücke nach Zentralasien bilde. Diese Durchdringungspolitik, deren Folgen gegenwärtig Rußland verspüre, würde eine völlige Einschließung der Türkei bedeuten. Die Türkei müsse unbedingt das Recht haben, die Ufer der Meerengen zu befestigen, die notwendigen Minen zu legen und Kriegsschiffe und Unterseeboote zu unterhalten, um den Eingang der Meerengen zu verteidigen. Auch Rußland könne nicht darauf verzichten, seine Küsten und seine Gewässer zu verteidigen, solange die anderen Mächte noch Flotten unterhielten.

Deutsches Reich.

** **Die Gehälter der interalliierten Kommissionen.** Wie die Tel.-Union von zuständiger Stelle erfährt, hat die Botschafterkonferenz beschlossen, das Gehalt der Angehörigen der interalliierten Kommissionen rückwirkend vom 1. Oktober ab zu verdreifachen. Bisher bezog der vorsitzende General ein Monatsgehalt von 310 800 M., andere Generale in der Funktion eines Abteilungschefs 229 425 M., Majore und Oberstleutnants in der Funktion von Abteilungschefs 163 875 M., andere Majore und Oberstleutnant 147 525 M., Hauptleute und Leutnants 139 279 M., Unteroffiziere 75 750 M., Gemeine 45 900 M.

** **Im Landwirtschaftsausschuß des preußischen Landtags** wurde bei Gelegenheit der Erörterung einer Eingabe des Deichverbandes Norderdithmarschen beschlossen, von der Regierung Projekte einzufordern über eine Regulierung der Eider und Gewinnung von etwa 25 000 Hektar Siedlungsgebiet.

** **Der Reichstagsausschuß für Bevölkerungspolitik** setzte die Beratung des Gesetzentwurfes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten fort. Er nahm in der Fassung der Vorlage den § 8 an, der die Anzeigepflicht des Arztes bei Geschlechtskrankheiten, die mit Ansteckungsgefahr verbunden sind, festlegt und näher umschreibt. Im § 9, der von der Schweigepflicht der Gesundheitsbehörden und deren Grenzen handelt, wurde die Aufhebung der Schweigepflicht auf beamtete Ärzte beschränkt.

** **Verringerung der Beamtenzahl.** Der Haushaltausschuß des Reichstags erörterte in seiner letzten Sitzung den Etat des Auswärtigen Amtes. Es wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der sich fortlaufend mit Abstrichen an der Beamtenzahl, namentlich in den Ministerien, beschäftigen soll.

** **Die Not des Kleingewerbes.** Vertreter der Kleingewerbetreibenden hatten eine Besprechung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem Handelsminister über die wirtschaftliche Notlage des Kleingewerbes. Die beiden Minister versprachen, alles daran zu setzen, um das Kleingewerbe vor dem Untergange zu bewahren.

** **Auflösung einer privaten Polizei.** Wie verlautet, hat der Reichsminister des Innern und der preußische Minister des Innern die Berliner Landwirtschaftskammer angewiesen, ihre private Polizei sofort aufzulösen.

** **Das Sterben des Schrifttums.** Die Verhältnisse in der bayerischen Presse und im Buchdruckereigewerbe sind so ungünstig geworden, daß nach dem amtlichen Bericht des bayerischen Statistischen Landesamtes bereits im Monat Oktober auf 100 offene Stellen nicht weniger als 1206 Arbeitsuchende kamen.

** **Reichstreue der Pfalz.** Die Meldungen über die von der französischen Regierung geplanten Sanktionsmaßnahmen haben in der pfälzischen Bevölkerung große Beunruhigung hervorgerufen. Sie habe aber auch gleichzeitig den unerschütterlichen Willen der Pfälzer bestätigt, sich durch keinerlei Mittel in ihrer Treue und in ihrem Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem rechtsrheinischen Deutschland wankend machen zu lassen. Diese Stimmung der pfälzischen Bevölkerung kommt auch in der Presse der Pfalz zum Ausdruck.

** **Klagen über die Reichsverkehrsverwaltung.** Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurden bei der Beratung des Reichsverkehrsministeriums von allen Parteien lebhafte Klagen laut, vor allem über das Überhandnehmen des Ausländerunwesens auf den deutschen Eisenbahnen, ferner über die Erhebung von Valutazuschlägen für Inländer auf den rheinischen Schlafwagenstrecken und über die Schwerfälligkeit des Geschäftsganges. Auch über die Höhe des Gütertarifs und Expreßgut-Tarifs sowie über das mangelnde Entgegenkommen des Personals gegenüber dem Publikum und über die teuren Preise in den Bahnhofswirtschaften und Speisewagen wurde geklagt.

Aus aller Welt.

Kabinettskrise in Südslawien? In parlamentarischen Kreisen Belgrads wird seit Sonnabend mit der Möglichkeit einer Kabinettskrise gerechnet. Der Ministerpräsident Pasitsch war am Sonnabend beim König und schlug ihm den Rücktritt des Kabinetts bis Dienstag vor, da die Regierung dem Parlament noch das Invalidengesetz und das Beamtenstatut vorlegen müsse.

Die ungarischen Faszisten. Da die ungarischen Behörden gegen die Gruppe der Faszisten als einer nicht auf der Grundlage des Vereinsgesetzes gebildeten Organisation vorgehen, haben die ungarischen Faszisten beschlossen, sich an den Ministerrat um Bestätigung ihrer Organisation zu wenden.

De Valera fordert eine Volksabstimmung in Irland. Der „Manchester Guardian“ veröffentlicht einen Brief de Valeras, der die Durchführung einer Volksabstimmung in Irland fordert, die dem irischen Volke gestatten würde, ihren Willen in der irischen Frage kundzutun.

Hardings Präsidentschaftskandidatur. Der amerikanische Staatssekretär Hoover erklärte in einer Rede in Kalifornien, daß Harding in der nächsten Kadenz im Jahre 1924 zum Präsidenten als Kandidat der Republikaner kandidieren wird.

Neues vom Tage.

§ **Bäckerstreik in Paris.** Die Pariser Bäcker traten am Sonnabend in den Ausstand, weil sie mit dem vom Seinepräfekten bestimmten Brotpreis nicht zufrieden sind. Am Sonnabend mittag wurden alle Bäckereien geschlossen. Auch einige Kuchenbäcker, die zur Einstellung ihrer Betriebe nicht gezwungen waren, haben aus Solidarität ihre Läden geschlossen. Die Bevölkerung von Paris ist durch den Streik zunächst in große Verlegenheit geraten.

§ **Die Universitätsstadt Paris.** Das bekannte Universitätsviertel von Paris, das Quartier Latin, ist endgültig dem Untergang geweiht. An seine Stelle soll eine neue Universitätsstadt treten, die auf dem Befestigungsgelände von Paris errichtet werden soll. Die Stadt Paris stiftete das Gelände, während die Errichtung der Gebäude aus einer Stiftung betrieben wird, zu der der französische Industrielle Deutsch größtenteils beigetragen hat. Für die Errichtung des französischen Studentenwohnviertels sind 1¼ Hektar in Aussicht genommen, der Rest wird den ausländischen Studenten zur Verfügung gestellt. Diese Angelegenheit hat insofern auch für uns Bedeutung, als Paris damit rechnet, den ganzen internationalen Studentenverkehr auf seine neue Universitätsstadt zu konzentrieren. Es sind Verhandlungen mit Nordamerika, Kanada, den südamerikanischen Staaten und Japan im Gange, die darauf abzielen, auch für die ausländischen Studenten der genannten Staaten ständige Wohnviertel in der künftigen Studentenstadt zu errichten.

§ **Überschwemmung in der Wüste.** Wie aus Algier gemeldet wird, sind in der Wüste Sahara wolkenbruchartige Regengüsse niedergegangen, die eine Überschwemmung herbeigeführt und großen Schaden angerichtet haben. Die Eisenbahnlinie Biskra—Tuggurt ist an fünf Stellen unterbrochen. Ein Eisenbahnzug, der auf dieser Linie im Verkehr war, mußte plötzlich Halt machen, als er einen 100 Quadratkilometer großen See vor sich erblickte, der die weitere Fahrt hemmte. Das Geleise, das der Zug passiert hatte, stand stellenweise bis zu einem halben Meter unter Wasser. Die Station Tuggurt mußte aufgegeben werden. Eine große Anzahl von Gebäuden ist von den Regenströmen weggewaschen worden. Seit dem Jahre 1917 war hier kein Tropfen Regen gefallen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	30. November	4. Dezember
Kwilecki, Potocki i Ska.	900-850-875 +	900—890 + A
Bank Poznański	400 + N	—.—
Bank Przemysłowców	800-875-850 + A	865—885 + A
Bank Zjednoczenia I. Em.	—.—	1000 + A
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	1050—1100 + N	1000 + A
Polski Bank Handlowy, Poznań	1200—1250 + N	1275 + N
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	600—570 + A	—.—
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	650—600 + A	600 + A
Bank Młynarzy	500—450 + A	450 + A
Arcona (exkl. Zukaufsrecht)	1600—1550 + N	1600—1900 bis 1850 +
Bydgoska Fabryka Mydeł	725—700 + A	700—725 + A
R. Barcikowski	550—600 + N	800—1050 + N
Browar Krotoszyński	7000—9000 + N	10000-11500 + N
Brzeski Auto I.—II. Em. (exkl. Kup.)	700 + A	700 + A
H. Cegielski I.—VIII. Em.	4200—4700 bis 4400 + A	4400—4600 bis 4500 +
Centrala Rolników I.—V. Em.	450 + A	425—410 + A
Centrala Skór (exkl. Kup.)	3700—3950 + N	4000—3600 + A
Dębienko	—.—	1700 +
C. Hartwig I.—V. Em.	750—785 + N	800—920 + A
Hartwig Kantorowicz	2900—2950 + A	3050—3000 + N
Hurtownia Drogeryjna	400—390 +	450—400 + A
Hurtownia Związkowa	275 + N	280—290 + N
Hurtownia Skór I.—II. Em.	900—800 + N	900 + N
„ „ III. Em.	700 + N	—.—
Herzfeld-Viktorius	2100—2200 + N	3000—4200 bis 4000 + A
Juno (exkl. Kup.)	1100 + N	1100—1250 + N
Luban. Fabryka przetw. ziemn.	26 000 + A	25 000 + A
Dr. Roman May	9000-10000 + N	10 000-9500 + A
Młyny i Tartaki Wągrow. I.—II. Em.	1900 + N	—.—
Młyn Ziemiański	1900—1950 + A	1850—1800 + A
Orient	550—580 + N	580—625 + N
Płótno	1350 + A	1250 + N
Papiernia, Bydgoszcz	1200—1300 bis 1150 +	1300—1400 + N
Patria (exkl. Zukaufsrecht)	1300—1400 + A	1400—1550 + N
Pozn. Spółka Drzewna I.—VI. Em.	1800—1750 + N	3000 +
Bracia Stabrowscy Zapałki	850—925 +	1500 + N
Spółka Stolarska (exkl. Zukaufsrecht)	1700 + A	1600—1750 +
Sarmatia I.—II. Em.	1200 + A	3000—4100 + N
Słoma (exkl. Zukaufsrecht)	800—950 + N	—.—
Tkanina	1250 + N	1300—1250 + N
Tri	650—700 + N	800-1000-900 + N
„Unja“ (früher Bentzki) I. u. II. Em.	2800—2950 + A	4500—5300 bis 5000 +
Waggon Ostrowo	—.—	850—800 + A
Włókno	800 + N	1100—1000 + A
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em.	800—750 + A	800-900-870 + N
Żar I. u. II. Em.	15 000 + A	—.—
Zjedn. Browary Grodziskie	1850—2000 + A	3300—5500 + N

Auszahlung Berlin 225—205 Umsatz: 33 600 000 dtsch. Mark, Franz. Franken 1210, dänische Kronen 3420.

A = Angebot, N = Nachfrage, + = Umsatz.

= **Zollwünsche der polnischen Metallindustrie.** Das Zollkomitee hat den Antrag der kongreßpolnischen Eisenhütten auf Festsetzung des Zollmultiplikators für Roheisen, Zinkblende, Drahtseile, Petroleum, Petroleumprodukte usw. auf 1500 abgelehnt, so daß es für alle diese Gegenstände bei dem bisherigen Zollmultiplikator bleibt. In der letzten Sitzung der Zollkommission des polnischen Verbandes der Metallindustriellen wurde die Notwendigkeit der periodischen Neufestsetzung des Zollmultiplikators entsprechend der Goldparität anerkannt. Im Hinblick auf die deutsche Konkurrenz wurde besonders ein ausreichender Zollschutz für landwirtschaftliche Maschinen, Draht, Nägel, Flaschenzüge, Wagen und Aluminium befürwortet.

Berliner Börsenbericht

vom 4. Dezember.

Diskonto-Komm.-Anleihe	3200.—	Polnische Noten	47.50
Danziger Priv.-Aktienbank	1600.—	Auszahlung Holland	3325.—
Hartmann Masch.-Aktien	8500.—	„ London	37150.—
Phönix	22000.—	„ Neuyork	8350.—
Schuckert	15000.—	„ Paris	585.—
Hapag	6500.—	„ Schweiz	1575.—
3½% Pos. Pfandbriefe	65.—	Ungarische Goldrente	9800.—
Auszahlung Warschau	47.50		

Danziger Mittagskurse vom 5. Dezember.

Polnische Mark in Danzig 46⅛

Dollar in Danzig 8150

Auf Grund des Beschlusses der außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre vom 5. Oktober 1922, bestätigt durch Erlaß des Finanzministeriums vom 30. Oktober 1922 erhöht die

Bank Cukrownictwa

Tow. Akc. w Poznaniu

ihr bislang 300 Millionen Mark betragendes Grundkapital um höchstens 700 Millionen Mark.

Das Bezugsrecht der bisherigen Aktionäre ist ausgeschlossen worden. Wir bieten jedoch den bisherigen Aktionären **auf je 10** von ihnen gezeichnete beziehungsweise besessene Aktien erster Emission **14 neue Aktien zum Kurse von 155%**, d. h. zum Kurse von 1550 Mark für eine jede Eintausendmarkaktie, frei von Kosten und Stempeln, unter der Bedingung:

1. daß sie die Zeichnung auf die **neuen Aktien spätestens bis zum 15. Januar 1923** tätigen, bei der Zeichnung **mindestens 800 Mark** für eine jede gezeichnete Aktie bar einzahlen — und behufs Abstempelung — die alten Aktien, beziehungsweise die betreffenden Schlußnoten vorlegen,
2. daß sie die **neu gezeichneten Aktien**, wie bei der ersten Emission, den Vinkulationseinschränkungen unterwerfen. Darüber hinaus können sowohl die bisherigen Aktionäre wie auch sonstige Personen auf die hierdurch nicht absorbierten Aktien zeichnen **zum Kurse von 190%**, d. h. zum Kurse von 1900 Mark für eine jede Eintausendmarkaktie, frei von Kosten und Stempeln unter der Bedingung:
   1. **daß sie bei der Zeichnung mindestens 1150 Mark für eine jede gezeichnete Aktie bar einzahlen,**
   2. **daß sie die gezeichneten Aktien den oben erwähnten Vinkulationseinschränkungen unterwerfen,**
   3. daß — **im Falle einer Überzeichnung** — die Bank **Cukrownictwa** zur Reduktion der einzelnen Zeichnungen berechtigt ist.

Die Aktien dieser neuen Emission **nehmen vom 1. Juli 1923 ab am Gewinn teil.** Bis zu diesem Tage werden die geleisteten Anzahlungen mit **12 vom Hundert jährlich verzinst.**

Die **bisherigen Aktionäre** werden ferner ersucht, ihre Aktien **erster Emission spätestens bis zum 15. Januar 1923** gegen Rückgabe der betreffenden Schlußnoten in Empfang zu nehmen, widrigenfalls wir von diesem Tage ab von den nicht in Empfang genommenen Aktien Depositalgebühren in Rechnung stellen werden.

Bank Cukrownictwa Tow. Akc.
w Poznaniu.

Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag,	den 5. 12., abends 7½ Uhr: „Die Jüdin", Oper von Halevy.
Mittwoch,	den 6. 12., abends 7 Uhr: „Konrad Wallenrod", Oper von Żeleński.
Freitag,	den 8. 12., nachm. 3 Uhr: „Tosca", Oper von Puccini (Preiserniedrigung 50%).
Freitag,	den 8. 12., abends 7½ Uhr: „Die Jüdin", Oper von Halevy.

Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szrejbrowski, ulica Fredry 1.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 5. Dezember.

Einweihung der neuen Postsparkasse.

Am Sonnabend fand die Einweihung des neuen Gebäudes der Postsparkasse in der ul. Dąbrowskiego (fr. Große Berliner Straße) in Gegenwart von Vertretern der Regierung, des Magistrats der Stadt Posen, von finanziellen und sozialen Institutionen statt. Den Einweihungsakt vollzog Bischof Łukomski in Assistenz seines Kaplans und des Dompropstes Radoński.

Der Dezernent der Postsparkasse, Hubert Ignacy Linde, früher Postminister im Kabinett Paderewski, betonte die große Bedeutung der Tätigkeit der Postsparkasse für die Gesundung der Finanzverhältnisse im Lande. Die Postsparkasse, die mit der Öffentlichkeit in ständiger Fühlung ist, verfolgt den Zweck, mit dem Wirtschaftsleben des Staates tatkräftigst mitzuarbeiten und die Bedürfnisse des Geldverkehrs zu stillen. Die Posener Zweigstelle, die im Februar 1921 ins Leben gerufen worden ist, zählte bereits im ersten Jahre ihrer Tätigkeit 3000 Teilhaber. Die Summe der Einlagen betrug Ende 1921 mehr als 2½ Milliarden Mark. Gegenwärtig sind es 4500 Teilhaber mit einer Gesamtsumme an Einlagen von ungefähr 6 Milliarden. Im hiesigen Teilgebiet entfällt auf 650 Einwohner ein Teilhaber am Scheckverkehr der Postsparkasse, während in den beiden anderen Teilgebieten erst auf 1100 Einwohner ein Teilhaber kommt. Das zeugt davon, daß die Postsparkasse hier bei uns ein fruchtbares Tätigkeitsfeld gefunden hat. Die Arbeit der Postsparkasse wird nicht als rentables Unternehmen geführt. Vor allen Dingen faßt sie die Unterstützung der Entwicklung der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels ins Auge. Die Bedeutung der Postsparkasse für den Staat ist groß; denn sie bewirkt zu einem wenn auch nur verschwindend geringen Teil die Verminderung der Herausgabe von Banknoten. Betragen doch die bargeldlosen Umsätze ungefähr 70 Prozent der Gesamtumsätze der Postsparkasse.

Nach dieser Ansprache ergriff der Leiter der Posener Zweigstelle, Direktor Bieńkowski, das Wort. Er dankte den Ortsbehörden und der Öffentlichkeit für das der Institution erwiesene Entgegenkommen und die Unterstützung ihrer Bestrebungen.

Darauf sprach noch der Stadtpräsident Ratajski. Zum Schluß brachten Dr. Pernaczyński als Kommissar der Handelskammer in Posen und der Rat Krysiak im Namen des Wojewoden ihre Glückwünsche dar.

Theater und Kritik.

Die „Posener Neuesten Nachrichten“ geben in ihrer Nr. 7094 bekannt:

„Der Theaterreferent unserer Zeitung erhielt vom Teatr Wielki vor einiger Zeit eine Einladung zu einer Vorstellung am Sonntag nachmittag, der Oper „Carmen“. Diese Vorstellung, die vor ausverkauftem Hause vor sich ging, war durch die schwächsten Kräfte der hiesigen Oper besetzt, dazu gaben sich diese Kräfte nicht die Mühe, die man auch an weniger gute Künstler zu stellen gewohnt ist. Der Referent unserer Zeitung nahm nun in einer Besprechung über diese Aufführung dazu Stellung und lehnte verschiedene Kräfte, insbesondere die Darstellerin der Carmen mit scharfen Worten ab. Diese Besprechung gefiel der Leitung des Theaters nicht, und sie sandte eine längere Zeit keine Eintrittskarten zu den weiteren Aufführungen, ohne den Referenten über den Grund dieses Verhaltens aufzuklären. Als dies nun aber auffiel, wandte sich der Referent mit einem Schreiben offiziell an die Leitung des Theaters, und der Sekretär des Theaters äußerte sich in höchst abfälligen Worten, vor dem Boten, über den Referenten der „Neuesten Nachrichten“. Unser Referent wollte unnötige Aufregungen und Schärfen vermeiden, und er wandte sich sofort an den Direktor des Theaters, Herrn Stermicz, persönlich mit einem Schreiben, in dem er diesem den genauen Sachverhalt darlegte und ihn bat, sich umgehend dazu zu äußern. Bis heute hat weder die Leitung des Theaters, noch der Herr Direktor es für nötig erachtet, zu erklären, warum er unserem Referenten die Karten für die Oper entzogen hat, und mit welchem Recht er über einen Vertreter der Presse eine solche Maßregel verhängt.“

Es handelt sich hier zweifellos um eine Angelegenheit, die nicht nur die „Pos. N. N.“, sondern die gesamte Presse Posens angeht, und es muß unbedingt verlangt werden, daß die Direktion des Großen Theaters sich mit voller Klarheit über die Gründe äußert, die sie veranlaßten, den „Pos. N. N.“ die Eintrittskarten zu entziehen. Die Maßnahme der Theaterdirektion wäre nur dann zu entschuldigen, wenn die Direktion den Nachweis führen könnte, daß die Kritik der „Pos. N. N.“ unsachlich oder von persönlichen Motiven beeinflußt gewesen sei. Davon aber scheint hier nicht die Rede sein zu können: auch von anderer Seite waren über jene Sonntagnachmittagsvorstellung vernichtende Urteile zu hören. Aber selbst wenn die Direktion des Großen Theaters der Ansicht war, daß dem Berichterstatter der „Pos. N. N.“ Unsachlichkeit oder dergleichen vorgeworfen werden könnte, — selbst dann muß die Art ihres Vorgehens verurteilt werden: sie hätte es in der Hand gehabt, den betreffenden Berichterstatter abzulehnen und der Redaktion die Möglichkeit der Entsendung eines anderen Berichterstatters offen zu lassen.

Die Direktion des Großen Theaters wird in ihrem eigenen Interesse und im Interesse des von ihr geleiteten Instituts sich darüber äußern müssen, ob sie eine sachliche Kritik — wenn es nötig ist, auch eine ablehnende — wünscht oder Reklameberichte. Ist das letztere der Fall, dann muß die Presse die Konsequenzen daraus ziehen. Dann hat der Kritiker im Theater nichts zu suchen.

Damit ist freilich die Sache noch nicht abgetan. Noch ein Punkt ist in dieser Angelegenheit dunkel, und auf ihn kommt es vielleicht besonders an: **Wie kommt es, daß zu der Sonntagnachmittagsaufführung, um die es sich hier handelt, den „Pos. N. N.“ eine Eintrittskarte zugesandt wurde, während doch sonst die Presse zu diesen Vorstellungen keine Karten erhält und auch an jenem Sonntag, so viel wir wissen, die übrige Presse Posens keine Aufforderung zum Besuch der Oper erhalten hatte?**

Ein Unglücksfall, der zur Vorsicht mahnt.

In der gestrigen Ausgabe berichteten wir über den tragischen Fall einer Gasvergiftung, der sich in der Sonntagnacht in der städtischen Bedürfnisanstalt am Lazarusmarkte abgespielt hat, und dem ein blühendes Menschenleben zum Opfer gefallen ist, während ein anderes älteres noch in schwerer Lebensgefahr schwebt. Wenn auch die Ursache des entsetzlichen Unglücksfalls noch nicht aufgeklärt ist, so darf doch das eine gesagt werden, daß dieser mit aller Wahrscheinlichkeit auf die Undichtigkeit der Gashähne bzw. auf das Nichtdichtverschließen der Hähne zurückzuführen ist. Erfahrungsmäßig wird jedermann bei der Vornahme täglicher mechanischer Handgriffe, als die doch das Schließen der Gashähne des Abends beim Zubettgehen anzusehen ist, gleichgültiger und läßt es an der unter allen Umständen zu beobachtenden Vorsicht fehlen. Hier handelt es sich ganz zweifellos um einen derartigen Fall. Das schwere Unglück wäre unter allen Umständen vermieden worden, wenn abends auch der Hauptgashahn geschlossen worden wäre, wie es immer wieder gefordert werden muß. Es ist ganz ausgeschlossen, daß das Gas ausströmen und so Leben und Gesundheit der Menschen gefährden kann, wenn die alte Mahnung, den Haupthahn und die Beleuchtungshähne zu schließen, beachtet wird. Das Schließen des Haupthahns empfiehlt sich auch aus wirtschaftlichen Gründen. Denn während beim Schließen der Beleuchtungshähne infolge ihrer doch zweifellos großen Abnutzung immer noch etwas von dem gegenwärtig so teuren Gase unbenutzt entweichen kann, ist das ausgeschlossen, wenn auch der Haupthahn des Abends geschlossen wird. Darum muß man sich aus gesundheitlichen, wie wirtschaftlichen Gründen den Grundsatz zu eigen machen, abends vor dem Zubettgehen die Beleuchtungshähne und den Haupthahn zu schließen. Dann ist ein derartiger Unglücksfall, wie er sich jetzt abgespielt hat, nach menschlichem Ermessen ganz ausgeschlossen, und man spart außerdem noch an der Gasrechnung.

hb.

Festnahme einer Gaunerbande.

Wir berichteten dieser Tage von einer Gaunerbande, die unter der Vorspiegelung, zur Einsammlung von Gaben für die notleidenden Wolgadeutschen beauftragt zu sein, in unserem Teilgebiet ihr Unwesen treibt. Den Gaunern war es dank ihrer rührseligen Erzählungen von der angeblichen Notlage ihrer Stammesgenossen im Interniertenlager bereits gelungen, eine größere Menge Getreide und andere Lebensmittel zu erbeuten. Das Auftreten und Aussehen der Gauner, die auch über Pferd und Wagen verfügten, war derart genau beschrieben, daß ihre Ermittelung nur eine Frage der Zeit sein konnte. Und tatsächlich ist die Festnahme der Gauner, wie die „Raw. Ztg.“ von der dortigen Gendarmerie erfährt, durch letztere am Sonnabend erfolgt. Die Bande umfaßte 5 Personen, zum Teil Krüppel, und fuhr mit zwei bespannten Wagen. In Kawitsch war es ihnen gelungen, 4 Zentner Getreide zu ergaunern, das sie bei der Firma Rolnik in Sarne zum Verkauf anboten. Unweit Rawitsch auf der Chaussee nach Sarne ereilte sie das Geschick. Die Bande wurde mitsamt ihren Gespannen von der Gendarmerie festgenommen und in ein sicheres Gewahrsam gebracht. Es sollen Kalischer Juden sein, im übrigen verweigern sie jegliche Auskunft. Die Festnahme ist nur dadurch möglich geworden, daß die Gendarmerie durch die Zeitungen auf das Treiben der Gauner aufmerksam gemacht worden war und aufgrund der gleichzeitig gegebenen Personalbeschreibungen die Betrüger festnehmen konnte.

Eine Frau als Mörderin.

Am Sonntag fand man in Rogasen in ihrer Kirchstraße 40 belegenen Wohnung die 45jährige Frau Zofja Rudzyńska in ihrem Bette tot vor, nachdem die Polizei die verschlossene Stubentür gewaltsam hatte öffnen lassen. Ein sofort hinzugezogener Arzt stellte fest, daß die Frau eines gewaltsamen Todes gestorben war. Denn sie hatte Kratzwunden im Gesicht und am Körper zahlreiche blaue Flecke. Die Nachforschungen der Polizei nach dem Urheber des Verbrechens führten bald auf die richtige Spur. Unter dem dringenden Verdacht, den Mord verübt zu haben, wurde die in demselben Hause wohnende Briefträgerfrau Rózalja Rozmarinowja festgenommen. Diese hat auch alsbald zugegeben, den Mord verübt zu haben. Sie wurde dem Gericht zugeführt. Über die Ursache des Mordes sind noch keine näheren Einzelheiten bekannt.

✗ **Der erhöhte Postpakettarif,** der am 1. Dezember in Kraft treten sollte, ist, nachdem die Ministerialanweisung aus Warschau inzwischen eingetroffen ist, nunmehr in Kraft. (1 Kg. = 200 M., 5 Kg. = 800 M.)

✗ **Erhöhung der Streichholzsteuer.** Durch Verfügung des Schatzministeriums vom 18. November d. Js. ist die Streichholzsteuer auf 6 Mk. die Schachtel erhöht worden. Eine Schachtel darf nicht mehr als 60 Streichhölzer haben. Bis jetzt betrug die Steuer 2 Mk. die Schachtel.

Das Konzert des dänischen Geigers Johann Niisson, das am Montag abend stattfinden sollte, mußte infolge einer plötzlichen Erkrankung des Künstlers ausfallen und wird später stattfinden. Der Tag wird bekannt gegeben werden.

Der Deutsche Theaterverein spielt heute, am Dienstag, im Saal des Zoologischen Gartens den dreiaktigen Schwank „Pension Schöller“ von Karl Lauis. Die Aufführung beginnt um 8 Uhr.

Volksunterhaltungsabende. Angesichts des herannahenden Weihnachtsfestes, das auch in den kleinsten Gemeinden, wo Deutsche beisammen sind, den Wunsch auslöst, einen der festlichen Stimmung entsprechenden Unterhaltungsabend für groß und klein zu veranstalten, darf darauf hingewiesen werden, daß bei dem Deutschen Kulturausschuß (Deutsche Bücherei, Posen, ul. Zwierzyniecka 1) **eine Beratungsstelle für Volksunterhaltungsabende** eingerichtet ist, die es sich zur Aufgabe macht, durch Beratung bei Aufstellung geeigneter volkstümlicher Programme und Bereitstellen des erforderlichen Materials gediegene volkstümliche Veranstaltungen zu unterstützen. Wie häufig fehlt es den Veranstaltern an den notwendigen Gedichtsammlungen und Prosawerken, an Texten für kleine geeignete Spiele, an Entwürfen für lebende Bilder, vor allem aber fehlt es meist an der notwendigen Zeit, um ein Programm so zusammenzustellen, daß es für die vorhandenen Kräfte geeignet ist und doch nur Gutes bietet. Wie häufig muß da in der Eile Ungeeignetes und zueinander nicht Passendes zusammengeflickt werden, beiden, den Veranstaltern, die das Programm nicht recht auszufüllen wissen, und den Hörern zu einer gewissen Verlegenheit. Hier will die Beratungsstelle helfend eingreifen und bietet zunächst für Advent- und Weihnachtsabende Entwürfe geeigneter volkstümlicher Programme mit dem dazu notwendigen Material an. Gegen geringe Leihgebühren ist eine Auswahl verschiedener Programme nebst dazu gehörigen Texten, Spielen, Kostümentwürfen für kleine

---

Briefe von einer Reise.

IV.

Zum ersten Mal Regen. Aber — was bedeutet uns das. Es gibt kein schlechtes Wetter, vorausgesetzt, man hat eine entsprechende Kleidung.

Wir gingen in das Schloß. Dort werden, im alten Teil des Gebäudes, die sogenannten Dichterzimmer gezeigt, — von Marie Pawlowa im Andenken an jene Dichter geschaffen, deren Werke, in reichhaltigen Wandillustrationen verherrlicht, diesen Räumen ihren Namen verleihen.

Der Besuch der Fürstengruft führte uns an die Stätte, in der die beiden Geistesfürsten Schiller und Goethe in schlichten Holzsarkophagen Seite an Seite ruhen. Flüsternd, der ehrfürchtigen Andacht Rechnung tragend, die den Besucher ergreift, nennt der Führer die Namen all jener, die diese Ruhestätte teilen.

Der Gang durch den alten Teil des Friedhofs führte uns an den Gräbern Ottiliens von Goethe und deren Kindern, Goethes Enkeln, vorüber. Das Grab der Frau von Stein, wenige Schritte davon entfernt, zeigt das in Stein gehauene Reliefbild jener Frau, deren Leben und Fühlen bis heutigen Tages in seinen letzten Tiefen verschlossen geblieben ist.

Dann gingen wir in das Liszt-Museum. Das Wirken dieses Mannes tritt uns ganz besonders lebensvoll durch die Erläuterungen seiner alten Pauline vor Augen, die 30 Jahre lang mit ihm gelebt hat und die den Besucher durch die ihr vertrauten Räume führt, wobei sie mancherlei aus ihren Erinnerungen und persönlichen Erlebnissen mit Liszt in ihre Erklärungen einflicht. Es dürfte Freunde aus der Heimat interessieren, zu erfahren, daß sie sich, auf mein Befragen, auch Paul Geislers lebhaft zu erinnern wußte, der einer der Lieblingsschüler des großen Meisters gewesen war.

Es war der letzte Tag, den wir in Weimar zubrachten. Das nasse Wetter machte uns einen Besuch der Umgegend unmöglich. So gingen wir in langsamem Schlendern noch einmal durch alle uns lieb gewordenen Straßen, verbrachten eine trauliche Kaffeestunde in einer kleinen Konditorei an der Windischgasse, mit dem Ausblick auf den altertümlichen Marktplatz, und kehrten im Dunkel in unsere kleine Gaststube im Thüringer Hof zurück.

Es erging uns wie Auburtin mit den Leipziger Sängern: Man hielt uns für Mitglieder eines Lehrerinnenkongresses, der gerade in Weimar tagte. Des Abends wurde uns die Freude zuteil, den Weimarer Männergesangverein „Loreley“ zu hören. Er hatte den Saal unter unserem Zimmer inne. Das verkürzte uns die Stunden, aber auch unseren Schlaf.

Wir brachen schon früh am andern Morgen auf und fuhren nach Jena. Schöner als Weimar zu beiden Seiten der Saale malerisch gelegen, bietet Jena schon bei der Einfahrt einen überraschenden Anblick. Ein Rundgang durch die Stadt führte uns über den mit Linden bepflanzten Marktplatz und seinem altertümlichen Rathaus mit der alten Kunstuhr und der von Luthers Zeiten her bekannten Gastwirtschaft Zeise nach der Stadt- oder Michaeliskirche, deren spätgotisches Portal an der Südseite unsere Bewunderung erregte. Am Westende der Stadtkirche steht der Burgkeller, ein Renaissancebau aus dem 16. Jahrhundert, dessen alte typische Studentenkneipe zu den Sehenswürdigkeiten Jenas zählt. Während wir durch ein geöffnetes Fenster in den Burgkeller hineinblickten, sprach uns ein vorübergehender schlichter Bürger an und beschrieb uns die Einteilung des Hauses, das in der Zeit der Universitätsferien nicht besichtigt werden kann. In freundlicher Gesprächigkeit bot er uns die Führung durch das Universitätsgebäude an, in dem er, wie er sagte, ein- und ausgehe, und erzählte uns auf dem gemeinsamen Wege lebhaft von seinen einstigen Beziehungen zu Haeckel und allen übrigen Professoren und Studenten. Auf näheres Befragen gestand er, daß er Glasermeister sei und die Rahmen zu den Bildern der Professoren und Studentenschaft liefere. Seine Geschäfte erlaubten es ihm nicht, lange bei uns zu bleiben, und unter Hinterlassung seiner Adresse sowie der Versicherung unsererseits, ihn in seiner freien Zeit zwischen 12 und 2 Uhr in seinem Laden am Eichplatz aufzusuchen, trennten wir uns aufs freundschaftlichste. Die Zwischenzeit benutzten wir zur Besichtigung des Haeckelhauses und dessen Museum. Die gutmütige Wirtschafterin, gerührt über das von unserer Seite entgegengebrachte warme Interesse, beschenkte uns zum Abschied mit zwei herrlichen Birnen, vermutlich aus verständnisvollem Mitgefühl für unsere Reisekasse, der wir nach langem inneren Kampfe den Ankauf eines kleinen Heckelschen Aquarells abgerungen hatten. Von hier aus besuchten wir das phyletische Museum, dessen einzig dastehende Sammlungen uns stundenlang fesselten. Wir fanden gerade noch Zeit, in dem kleinen Gasthaus zur Rose und dessen altertümlicher Studentenkneipe einen kleinen Imbiß einzunehmen und unseren neuen Freund, den wir aus seiner kleinen Werkstatt herausholten, zu einem — nein, zwei Glas Bier einzuladen. Bei dieser Gelegenheit erfuhren wir so mancherlei aus dem Jenaer Stadtklatsch und nahmen einen kurzen erheiternden Einblick in das trinkfrohe Studentenleben, das, obwohl erst Mittagszeit, sich schon bemerkbar zu machen begann.

Der Mittagszug brachte uns nach Erfurt, wo wir unsere beabsichtigte Reise nach Eisenach unterbrachen, um den Dom zu besichtigen, der neben dem Dom zu Naumburg das schönste Denkmal gotischer Baukunst in Thüringen ist. Die kleine Severikirche, die neben dem Dom steht, ebenfalls in gotischem Stil erbaut, bietet äußerlich sowohl als auch im Innern eine so beglückende Stilreinheit und Anmut, daß man, an ihrer Schlichtheit gemessen, den von Spitzbögen überladenen Dom fast bedrückend, ihre einheitliche Geschlossenheit dagegen weit religiöser empfindet. Von dem erhöhten Kirchplatz aus, zu dem die 70stufige Domtreppe emporführt, genießt man einen bezaubernden Rundblick über den am Fuße des Petersbergs gelegenen alten Teil der Stadt.

Am Abend kamen wir nach Eisenach. Auf dem Bahnhof bot uns eine im Dienste der Bahnhofsmission stehende Dame ein Unterkommen in ihrem eigenen Hause an, in dem sie stets einige Zimmer für durchreisende Damen bereit hat. Wir folgten ihr gern und fanden uns, nach ansteigendem Wege, in einem gediegenen dreifenstrigen Raum, dessen Fenster einen weiten Ausblick über die von abendlichen Lichtern umzeichneten Hügel der Stadt und die nächtlichen Umrisse der Wartburg gaben. Auf angenehmste überrascht, wandten wir uns der geschmackvollen Einrichtung des Zimmers zu, das uns nebst dem mit kostbarer Wäsche aufs sorgfältigste hergerichteten Bett mit 100 M., also weit unter dem hier üblichen Hotelpreise, berechnet wurde. Dies erhöhte unsere staunende Freude in solchem Maße, daß wir beschlossen, noch eine zweite Nacht in diesem gepflegten Hause zuzubringen. Das Frühstück am nächsten Morgen bestärkte diesen Entschluß. Ein herrliches Gedeck, kostbares antikes Porzellan, ein aufs sorgfältigste bereiteter Kaffee erweckten in uns die Vorstellung, Gäste dieses herrschaftlichen Hauses, nicht durchreisende Fremde, zu sein.

W. Lessen.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **Wagner und E. T. A. Hoffmann auf Petersburger Bühnen.** Die Petersburger Marienoper bringt demnächst eine Neueinstudierung der „Walküre“ heraus; das Wagnersche Werk soll unverkürzt zur Aufführung gelangen. Im Theater „Neues Drama“ befindet sich ein Stück des russischen Schriftstellers K. Dershawin „Die wunderlichen Abenteuer des E. T. A. Hoffmann“ in Vorbereitung, dessen Handlung der Welt des großen deutschen Romantikers entnommen ist.

dramatische Szenen und lebende Bilder in einfachster, aber gediegener Form, Notenmaterial bei der genannten Stelle zu entleihen. Auf ein Weihnachtsspiel, das keinerlei szenische Einrichtung erheischt und von Schulkindern, auch unter einfachsten Verhältnissen unter dem Weihnachtsbaum aufgeführt werden kann, sei besonders hingewiesen. Entsprechende Anfragen sind an die Deutsche Bücherei, Poznań, ul. Zwierzyniecka 1, zu richten.

Deutsche Kunstausstellung. Am 8. Dezember wird die vom Ausschuß zur Pflege deutschen Geisteslebens in Posen veranstaltete deutsche Kunstausstellung eröffnet werden. Auf die Ausstellung, die in Form einer Weihnachtsmesse Gelegenheit bieten wird, künstlerisch gediegene Weihnachtsgaben für das Fest einzukaufen, sei bereits jetzt hingewiesen. Sie ist reich beschickt worden und liefert den Beweis, daß auch deutscherseits Ausgezeichnetes auf fast allen Gebieten der bildenden Kunst in Polen geleistet wird. Außer Bildern in Öl und Tempera, Zeichnungen und Holzschnitten werden auch kunstgewerbliche Gegenstände und Scherenschnitte ausgestellt werden. Die Ausstellung, die in den Räumen des Vereins junger Kaufleute untergebracht ist, wird täglich von 11 bis 3 geöffnet sein.

X **Festnahme von Spitzbuben.** Die beiden Arbeiter Lorenz Gerozda und Bronislaus Wlosiewski wurden gestern auf frischer Tat ertappt und festgenommen, als sie bei der Firma Amendt in der ul. Dąbrowskiego (fr. Große Berlinerstraße) eine Schreibmaschine stahlen. Die Beute wurde ihrem rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben. — Beim Diebstahl von Zinkröhren wurde gestern im 7. Polizeirevier (Jersitz) ein gewisser Wladislaus Kędziora festgenommen.

X **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Im 6. Polizeikommissariat in der ul. Franciszka Ratajczaka (fr. Ritterstr.) lagert eine vermutlich gestohlene Gasmaschine, die zur Erwärmung von Plättbolzen dient. Sie wurde einem Manne abgenommen, der sie vermutlich gestohlen hat.

X **Fahrraddiebstahl.** Aus der Gegend der Zivilgerichte wurde gestern ein Fahrrad mit der Nr. 267 100 von der Straße weg gestohlen.

---

* **Argenau**, 4. Dezember. In der Nähe des Dorfes Dąbki bei Argenau wurde am Freitag abend ein Polizeiposten von zwei unbekannten Männern überfallen, die ihm „Halt!" zuriefen und auf ihn einen Schuß abgaben, der den Beamten am Fuß verwundete. Es handelte sich wahrscheinlich um einen Racheakt.

hm. **Buk**, 4. Dezember. In die Richtersche Tischlerei versuchten zwei Einbrecher einzudringen, wurden aber durch Dazwischentreten der Tochter Richters, die Lärm schlug, gezwungen, ihr Vorhaben aufzugeben. Die Sicherheitspolizei konnte leider die beiden Verbrecher nicht mehr einholen, jedoch ist man ihnen bereits auf der Spur.

* **Inowrocław**, 4. Dezember. In der am Freitag abgehaltenen Stadtverordnetensitzung wurden folgende wichtigere Beschlüsse gefaßt: 1. Festsetzung des Grundgehalts für den Stadtpräsidenten auf 2600 M. monatlich und der Repräsentationszulage auf 225 000 M., ferner des Grundgehalts für die Magistratsmitglieder auf 2400 bzw. 2100 M. monatlich; 2. Beitritt der Stadt zum Verband der kommunalen Sparkassen in Posen; 3. Bewilligung einer Anleihe von 150 Mill. M. von der Krajowy Bank Pożyczkowy in Posen, welcher Betrag wahrscheinlich ratenweise zu erhalten sein wird; 4. Festsetzung des Zuschlags zur Staatsgewerbesteuer auf 40, 30, 20 und 80 Prozent (letztere für die Alkoholbranche); 5. Erhöhung der Licht- und Strompreise, der Zählergebühren, der Straßenbahnfahrpreise, die ab 1. d. Mts. 120 M. am Tage für Erwachsene und 60 M. für Kinder, bzw. am Abend 150 und 75 M. betragen; der Gaspreis für November beträgt 270 M., der Wasserpreis 200 M. Ferner wurde der Ankauf von 30 neuen elektrischen Zähleruhren und eines Apparates für Kesselreinigung beschlossen. Der Magistrat wurde ermächtigt, die Gebühren je nach Bedarf zu erhöhen, um bei den steigenden Preisen für Kohle und andere Materialien Verluste für die Stadt zu vermeiden, doch müssen diese Preiserhöhungen jedesmal von der nächsten Stadtverordnetenversammlung bestätigt werden. Auch wurde der Magistrat ermächtigt, unbemittelten Personen nach Möglichkeit die Licht- und Strompreise zu ermäßigen.

S. **Obornik**, 4. Dezember. Der Bauernverein Bogdanowo hielt seine Versammlung zum ersten Male bei Werner unter der Leitung des Vorsitzenden Baufeld ab. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen hielt Steinhof-Posen einen Vortrag über: Geldentwertung und Landwirtschaft. Er schilderte die Wirkungen des Weltkrieges, wo durch Entziehung von Arbeitskräften Unterproduktion entstand, und durch Preissteigerung, mit denen durch verschiedene Umstände die Entwertung des Geldes immer größer und größer wurde, und besprach dann die Frage der Roggenwährung, die geeignet sein könnte, eine Wertsache für Geschäftsabschlüsse, Pachtungen usw. zu bilden. Dem Verein traten vier neue Mitglieder bei. Klingbeil-Slepuchowo wurde einstimmig als Beisitzer in den Vorstand gewählt.

hm **Opalenitza**, 4. Dezember. In der Zuckerfabrik verunglückte der Maschinist Basiciel schwer. Beim Aufstellen einer neuen Maschine zersprang eine Riemenscheibe und zerschmetterte ihm ein Bein; auch trug er schwere Verletzungen am Kopf, Arm und Brust davon. Er wurde in das Posener Diakonissenhaus geschafft; sein Zustand ist sehr bedenklich.

* **Rawitsch**, 4. Dezember. Ein folgenschwerer Beschluß ist durch die Kreiskommission zur Bekämpfung des Alkohols in ihrer Sitzung vom 29. v. Mts. gefaßt worden. Die Kommission, gebildet aus dem Starosten Stelmachowski-Rawitsch als Vorsitzenden und Kreisarzt Dr. Łuczkowski-Rawitsch, Geistlicher Bombick-Sarnowa und Mieczysław Gac-Rawitsch als Mitglieder hat auf Grund des Gesetzes vom 23. April 1920 über die Einschränkung des Verkaufs und Verbrauchs alkoholischer Getränke und der Ausführungsbestimmungen des Ministers für öffentliche Volksgesundheit vom 2. Juni 1922 die Schließung von 126 Alkoholausschänken im Kreise Rawitsch angeordnet. Nach dem Gesetz hat die Schließung der Lokale am 1. Januar 1923 zu erfolgen. Im Kreise Rawitsch würden hiernach nur 20 Schankstellen bestehen bleiben. Die deutschen Gastwirtschaften bzw. Ausschänke verfallen sämtlich der Schließung.

☐ **Rogasen**, 4. Dezember. Am nächsten Sonntag nachmittag 5 Uhr findet in der hiesigen lutherischen Kirche ein Konzert statt unter Mitwirkung von Frau Pirscher-Rogasen, Dr. Loewenthal und Frau Mackeprang-Posen und des Kirchenchors.

* **Thorn**, 1. Dezember. Auf dem dem Magistrat im Walde von Gutowo gehörigen Gelände ereignete sich beim Fällen von Bäumen ein tödlicher Unfall. Der Arbeiter Alexander Krajniewski, Goßlerstraße wohnhaft, wurde von einem zu Boden stürzenden Baumstamm so unglücklich getroffen, daß er in das städtische Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er seinen Verletzungen erlag. Der Verunglückte hinterläßt Frau und ein siebenjähriges Kind.

Sport und Jagd.

V **Ein Fußballsieg Österreichs.** Der Länder-Fußballwettkampf zwischen Österreich und Ungarn endete mit einem knappen 2:1-Siege der Österreicher. Bis zur Halbzeit führten die Ungarn 1:0

V **Meister von Deutschland im Jiu-Jitsu** wurde der Berliner Rahn gegen den Münchener Reuter.

V **Deutscher Turnersieg in Finnland.** Dem bekannten Frankfurter Turner Gebhardt gelang es, bei einem Turnerwettstreit in Helsingfors trotz sehr scharfer Konkurrenz im Neunkampf den ersten Platz zu belegen.

V **„Pogoń"** spielte am vergangenen Sonntag in Thorn mit 5 Reserven (ohne Skowroński, Grzeskowiak, Bersz, Gorzelany und Smiglak) gegen T. K. S. und verlor mit 4:1 (3:0). Die Thorner traten ohne Stogowski an. Obwohl der Platz infolge von Eis, Wasser und Schmutz zum Spielen völlig ungeeignet war, einigte man sich mit Rücksicht auf die Zuschauer auf ein Spiel von nur je 30 Minuten. „Pogoń" konnte sich erst allmählich an den Platz gewöhnen. Die schwachbesetzte Läuferreihe konnte die feindliche Stürmerreihe, die ein schönes Kombinationsspiel vorführte, nicht recht im Schach halten. Bei den Thorner Stürmern fiel wieder Gumowski durch seine selbstlose, faire Spielweise auf. Der Tormann hielt einige gefährliche Bälle. In der Läuferreihe glänzte Kosicki. Die „Pogoń"-Stürmer spielten nicht übel. Schwach war der Rechtsaußen Friedel. Die Verteidigung wehrte gut ab. Zerbst mußte infolge einer Verletzung vorzeitig das Spielfeld verlassen. Der Tormann der Posener war schwach.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

P. Gr. i. Schles. Sie können als in Deutschland Angesessener von niemandem gezwungen werden, die in deutscher Valuta dargeliehene Hypothek in polnischem Gelde zurückzunehmen bzw. in eine Löschung dieser Hypothek zu willigen. Uns ist auch kein Fall bekannt, in dem dieser rechtlich, wie moralisch ganz unzulässige Versuch unternommen wurde.

Fr. M. in Kr. Was in Ihrer Liquidationssache geschehen wird, kann kein Mensch voraussehen. Wir können Ihnen daher nur den guten Rat geben: Warten Sie ab.

R. 100. Wenn Sie eine bedingungslose Vereinbarung über den Preis sogar schriftlich getroffen haben, sind Sie zur Innehaltung des Vertrages rechtlich verpflichtet. Sie können nicht einseitig von dem Vertrage zurücktreten. Moralisch freilich würde der Käufer verpflichtet sein, in eine durch die Steigerung der Arbeiterlöhne und der Materialpreise bedingte Preissteigerung zu willigen.

O. B. in D. Sie dürfen Ihr Mobiliar zollfrei mitnehmen.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für den politischen Teil: Dr. Martin Meißner; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.